

Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜ):

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass für den 8. November 2015 eine Versammlung im oberfränkischen Schirnding nach dem Vorbild der in Sachsen durch die islam- und flüchtlingsfeindliche Szene organisierten Aktion „Wir helfen beim Grenzbau“ angekündigt wurde, frage ich die Staatsregierung

- welche Erkenntnisse sie zur Beteiligung von rechtsextremen Gruppen/Einzelpersonen (aus dem In- und Ausland) an der Organisation bzw. Mobilisierung hat
- inwiefern zivilgesellschaftliche Bündnisse und die demokratischen Kräfte vor Ort über die Aktion informiert wurden und
- welche Beratungs-/Aufklärungsmaßnahmen sie vor Ort – gemeinsam mit den betroffenen Kommunen – plant?

Staatsminister Joachim Herrmann antwortet:

Nach dem Auftritt der Organisatoren in Facebook zu urteilen, bewegt sich die Initiative im Umfeld der PEGIDA-Bewegung.

Der Anmelder der Kundgebung am 8. November 2015 ist Gründer und Organisator des Pegida-Ablegers „Kagida“ (Kassel gegen die Islamisierung des Abendlandes) und war Mitglied in der Partei "Alternative für Deutschland (AfD). Derzeit ist gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung bei der Staatsanwaltschaft Kassel anhängig.

Eine direkte Beteiligung von bayerischen Rechtsextremisten an der Planung und Durchführung der Kundgebung am 8. November 2015 in Schirnding konnte bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht festgestellt werden. Jedoch wurde im Facebook-Profil des Landesverbandes Bayern der Partei DIE RECHTE am 23. Oktober 2015 durch einen Facebook-Nutzer ein Link zu der Kundgebung am 8. November 2015 gesetzt.

Zu der Versammlung am 8. November 2015 wird bereits jetzt auf Facebook unter "Wir helfen beim Grenzbau" aufgerufen. Die Teilnahme von Personen aus Tschechien ist angekündigt. Als einer der Redner wird Götz KUBITSCHKEK genannt. KUBITSCHKEK war bereits wiederholt Redner auf Pegida- und Legida-Veranstaltungen in Dresden und Leipzig.

Die bereits auf Facebook veröffentlichte Rednerliste enthält keinen Redner, der bereits auf größeren rechtsextremistischen Veranstaltungen in Bayern aufgetreten wäre oder einer rechtsextremistischen Organisation in Bayern zugerechnet werden könnte.

Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, dass Rechtsextremisten das Themenfeld „Flüchtlinge“ für ihren Aktionismus nutzen und dort momentan den Schwerpunkt ihres Tätigwerdens setzen. Dabei beschränken sie sich nicht auf eigene Aktionen, sondern versuchen auch anderweitig Anknüpfungspunkte für ihre Thesen zu finden. So beteiligten sich Rechtsextremisten wiederholt an den verschiedenen –GIDA Veranstaltungen in Bayern bzw. an Veranstaltungen, die im Themenkontext „Flüchtlinge“ stehen.

Es ist davon auszugehen, dass sich Rechtsextremisten an der Versammlung am 8. November 2015 in Schirnding beteiligen werden. Ob dies mit Wissen und Wollen der Veranstalter erfolgt, ist bislang nicht bekannt.

Im vorliegenden Fall steht die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) im Austausch mit dem „Bayerischen Bündnis für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde schützen“. Laut Bündnis gibt es ein zivilgesellschaftliches Netzwerk von regionalen und überregionalen Gruppierungen, die für den 8. November 2015 eine Gegenkundgebung vorbereiten. Das Bündnis koordiniert diese Netzwerkarbeit.

Die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) wurde im Rahmen ihrer Aufgaben als staatliche Präventionsstelle tätig. Ihre Aufgabe ist es unter anderem, im Falle von Agitationen gegen Asylbewerberheime oder Flüchtlingen den Städten und Gemeinden Informationen zukommen zu lassen und in der Planung von Gegenmaßnahmen beratend zur Seite zu stehen.

Die BIGE steht wegen der Veranstaltung am 8. November 2015 mit der Kriminalpolizeiinspektion Hof, der Kommune Schirnding und dem LRA Hof in Kontakt, um vor Ort eine mögliche

Einflussnahme der rechtsextremistischen Szene zu verhindern bzw. einzudämmen. Mit dem LRA Hof besteht durch die Zugehörigkeit der BIGE zum "Runden Tisch Hof", der sich mit rechtsextremistischen Aktivitäten z. B. in Wunsiedel, Oberprex und Regnitzlosau befasst, eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Auch die Kommune wurde von anderen Sicherheitsbehörden und der BIGE über den Hintergrund der Kundgebungsanmeldung und die möglichen Teilnehmer informiert. Eine Anmeldung für eine Gegendemonstration durch die zivilgesellschaftlichen Bündnisse liegt bislang nicht vor.

Grundsätzlich gibt die BIGE selbst über den Ablauf und den Inhalt der Beratungsgespräche keine Auskunft, da sowohl aus taktischen wie auch aus datenschutzrechtlichen Gründen Vertraulichkeit einzuhalten ist.